



Besatzungszeit und deutsche Teilung

◀ Die Alliierten in Berlin.
Foto vom Juni 1945.

Kriegsende und Besatzungszeit	7./9. Mai 1945	— Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. Damit endet der Zweite Weltkrieg in Europa.
	Juli/Aug. 1945	— Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte über Deutschland
	1945 - 1948	— Rund 14 Millionen Deutsche werden aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs sowie aus Ost- und Südosteuropa vertrieben.
	1945/46	— Die Alliierten bilden in ihren Besatzungszonen Länder und setzen Regierungen ein.
	1945 - 1946	— Im Nürnberger Prozess werden die Hauptkriegsverbrecher verurteilt. Bis 1949 finden zwölf Nachfolgeprozesse statt.
	1945 - 1948	— Entnazifizierung durch die Alliierten in den Besatzungszonen
Beginn des Wiederaufbaus	1945 - 1952	— Bodenreform und radikale Enteignungen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands
	1946/47	— In den Ländern der Westzonen finden freie Wahlen statt.
	21./22.4.1946	— KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone schließen sich zur SED zusammen. Die Kommunisten werden von der Besatzungsmacht einseitig bei Wahlen unterstützt.
	1947	— Gründung der Bizone aus US-amerikanischer und britischer Besatzungszone. 1948 schließt sich die französisch besetzte Zone an (Trizone).
	Juni 1947	— Im Frankfurter Wirtschaftsrat tagen Vertreter der Länder der Westzonen: das erste deutsche Parlament nach dem Zweiten Weltkrieg.
Der Weg in die Teilung	20. Juni 1948	— Währungsreform und Einführung der D-Mark in den Westzonen
	1948/49	— Die Sowjetunion blockiert den freien Zugang nach Berlin. Die Stadt wird geteilt und erhält getrennte Verwaltungen.
	1948 - 1952	— Die westeuropäischen Länder nutzen die US-amerikanische Aufbauhilfe im Rahmen des Marshall-Plans.
	1948/49	— Die Länder der Westzonen beraten über einen Bundesstaat. Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt ein gemeinsames Grundgesetz, dem die Länderparlamente zustimmen.
	23. Mai 1949	— Mit der Unterzeichnung des Grundgesetzes wird die Bundesrepublik Deutschland gegründet.
	1949	— Am 14. August finden erste Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Konrad Adenauer (CDU) wird zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.
1949	— Der Deutsche Volksrat in der SBZ erklärt sich zur „Provisorischen Volkskammer“ und gründet mit der Annahme einer Verfassung am 7. Oktober die DDR.	

Auf ihrer Konferenz in Potsdam im Sommer 1945 erzielten die alliierten Siegermächte nur Formelkompromisse darüber, wie das besetzte Deutschland wiederaufgebaut und demokratisiert werden sollte. Sie behielten ihre Hoheit über Deutschland als Ganzes, einen Friedensvertrag gab es vorerst nicht.

Die vier Mächte USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich teilten Deutschland in Besatzungszonen auf. Die Ostgebiete des Deutschen Reichs kamen unter sowjetische bzw. polnische Verwaltung. Aus diesen Gebieten sowie aus dem übrigen Ost- und Südosteuropa wurden insgesamt etwa 14 Millionen Deutsche vertrieben.

Bei einer katastrophalen Versorgungslage mussten die Alliierten in ihrer jeweiligen Besatzungszone das öffentliche Leben regeln, für die Deutschen ebenso wie für viele heimatlose NS-Opfer aus anderen Ländern (Displaced Persons).

Noch lebende hochrangige Vertreter des NS-Regimes wurden 1945-1946 in Nürnberg vor ein internationales Gericht gestellt. Die deutsche Bevölkerung sollte entnazifiziert und umerzogen werden. Die Westalliierten gaben diese Aufgabe in die Hände von Deutschen. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden ganze Gruppen der Gesellschaft pauschal zu NS-Verbrechern erklärt und abgeurteilt. Es fand eine radikale Bodenreform zur Enteignung der landwirtschaftlichen Güter statt.

Im Westen entstanden frei gewählte Landesregierungen, wirtschaftliche Hilfe gewährte seit 1948 der Marshall-Plan. Im selben Jahr entstand die Trizone als Zusammenschluss der westdeutschen Länder. Eine Währungsreform sollte die Wirtschaft in Gang bringen. Die Fachleute in Westdeutschland setzten auf das Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft.

In der östlichen Besatzungszone schlossen sich Kommunisten und Sozialdemokraten auf Druck Moskaus 1946 zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) zusammen, die alle wichtigen Posten besetzte. Die radikale Enteignung und Verstaatlichung der Agrar- und Industriebetriebe diente der Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft.

Die USA und Großbritannien, seit 1948 auch Frankreich, drängten darauf, dass die Länder ihrer Zonen einen Bundesstaat bildeten. Die deutschen Politiker zögerten, da sie eine Teilung der Nation befürchteten. Unter der Bedingung, ein „Provisorium“ (Übergangslösung) zu schaffen, wurde ein Grundgesetz erarbeitet, das die Länder der Westzonen zu einem Bund vereinte. Durch die Annahme des Grundgesetzes entstand die Bundesrepublik Deutschland, gegründet am 23. Mai 1949.

Die Sowjetunion reagierte auf die Entstehung des westdeutschen „Separatstaates“, wie sie ihn nannte, mit Wahlen zu einem Deutschen Volkskongress. Dieser gründete einen Deutschen Volksrat, in dem die SED dominierte. Auf Weisung Moskaus erklärte sich der Volksrat zur „Provisorischen Volkskammer“ und verabschiedete am 7. Oktober 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Vier Jahre nach Kriegsende standen sich zwei getrennte deutsche Staaten gegenüber.